

Schule gegen Politikverdrossenheit und Radikalisierung

Stellvertretende Landrätin Barbara Unger unterrichtete an der privaten Wirtschaftsschule Kasberger und Wildmann

Straubing: (pas) Mit der Aktion „Kommunalpolitiker schenken eine Unterrichtsstunde“ leisten die Privatschulen anlässlich der anstehenden Kommunalwahlen einen wichtigen Beitrag gegen Politikverdrossenheit, Radikalisierung und verbale Ausschreitungen gegenüber der Politik. Gerne hat sich die Private Wirtschaftsschule Kasberger-Wildmann in Straubing an der Aktion des Verbands Bayerischer Privatschulen (VBP) beteiligt und die stellvertretende Landrätin Barbara Unger, 1. Bürgermeisterin der Gemeinde Feldkirchen, zu einer Unterrichtsstunde für die 9. und 10. Klassen eingeladen.

Für Barbara Unger war der Dialog mit den Schülerinnen und Schülern über den hohen Stellenwert der politischen Arbeit auf kommunaler Ebene ein absolutes Heimspiel. Bevor sie auf die spezifischen Anliegen und Interessen junger Menschen an der Kommunalpolitik einging, informierte sie sich über das Schulleben und die pädagogischen Besonderheiten der Bildungsarbeit der Privatschule. Anschließend beantwortete sie die im Unterricht vorab erarbeiteten Fragen der Schülerinnen und Schüler.

Besonders Interesse zeigten die bereits 18jährigen Wirtschaftsschüler, die bereits am 15. März erstmals an einer Wahl teilnehmen können. Wie die Kommunalwahl denn funktioniere, wie man Listenkandidat und bestenfalls Bürgermeister/in oder Landrat/Landrätin wird, waren die zentralen Fragen. Hierzu konnte Barbara Unger, seit 30 Jahren Gemeinderätin, seit zwölf Jahren Bürgermeisterin und seit sechs Jahren stellvertretende Landrätin, detailliert und leicht verständlich aus dem Nähkästchen plaudern.

Weiter wollten die Jugendlichen wissen, welche zentralen Themen in der Gemeinde Feldkirchen und im Landkreis auf der Tagesordnung stehen. Auch hier konnte Barbara Unger viel erklären und spannte den Bogen von der Jugendhilfeplanung bis zu den Kreiskliniken im Landkreis, und vom Abfallrecht bis zur Friedhofsatzung in der Gemeinde.

Die Rolle der Frauen in der Kommunalpolitik und der Umgang mit rechtsextremen Parteien forderten Unger schon mehr. Dass im Landkreis von 37 Bürgermeistern nur zwei Frauen sind und im Kreistag neben 50 Männern nur zehn Frauen sitzen, fand sie schon „ausbaufähig“, wo bei sie sich gleich in Erklärungen verstieg, wonach Frauen durch die Mehrfachbelastung Beruf-Familie-Ehrenamt nur noch wenig Zeit für sich selber hätten. Deshalb würden sich viele Frauen doch eher für die Familie und gegen die Politik entscheiden. Für „von der großen Politik enttäuschte Wählerinnen und Wähler“ äußerte Unger gewisses Verständnis, sei es doch heute wichtiger denn je, politische Entscheidungen zu erklären. Es sei aber keine Lösung, sich demokratiefeindlichen Parteien am rechten „und linken“ Rand anzuschließen, so Unger.

Leider ließ das Frage-und-Antwort-Spiel keinen Raum für Diskussionen. Zum Abschluss brach Barbara Unger eine Lanze für die Demokratie und forderte die jungen Erwachsenen auf zur Wahl

zu gehen, „denn unser Wahlrecht ist die Grundlage unserer Demokratie und dieses Recht gilt es nicht nur zu verteidigen, sondern auch zu nutzen!“